**10. Politische Ökonomik**

**Markt und Staat(versagen)** können als System der Ressourcenallokation verstanden werden: *Pareto-Kriterium*

•**Marktversagen**:marktliche Koordinationsformen stoßen an Grenzen (externe Effekte, asym. Informationen, Marktmacht, öffentliche Güter)

•**Staatsversagen**: staatlich-politische Organisationsformen stoßen an ihre Grenzen und erzeugen eine ineffiziente Ressourcenallokation, aufgrund von fehlerhafte Regelwerke und Eigennutzenmaximierung der politischen Akteure.

**Politischer Unternehmer** (Analogie):in repräsentativen Demokratien bietet Maßnahmenbündel an, versucht seine eigenen Ziele bzw. seine eigene Nutzenfunktion im politischen Betrieb zu maximieren.

• **Public-Choice-Theory**: politisches Handeln ist geprägt vom eigennutzenmaximierenden Verhalten der Akteure. Persönliche Präferenzen müssen nicht den gesellschaftlichen entsprechen.

**🡪Trittbrettfahrerverhalten:** Ausnutzen von Vorteilen ohne sich an den entsprechenden Kosten zu beteiligen.

🡪**Nash-GG**: keine Partei hat einseitig den Anreiz, ihre Strategie zu wechseln.

**Interessensgruppen** (Vereinigungsfreiheit: GG Art. 9 Abs. 3)
**Definition**: vertreten begrenzte Anzahl (pol.) Akteure, um als Gruppe mehr Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben.

🡪IG betreiben **Rent-Seeking** (Rentensuche): Eingriff in die staatliche Ressourcenallokation, um sich selbst oder seiner Gruppe Vorteile zu verschaffen (Schädigung des Allgemeinwohls).

**Bürokratieprobleme
Prinzipal-Agenten-Problematik**: Interessen vom Prinzipal (Aufgabensteller, Wähler) und Agenten(Aufgabenausführer, Politiker) üblicherweise nicht deckungsgleich, dies verursacht zusätzliche Anreizprobleme, Informationsasymmetrien und Kosten u.a. durch Kontrolle, Überwachung und residualen Verlusten.

**Zweistufiges PAP**: Politiker ist Agent des Wählers und der Bürokrat ist Agent des Politikers. Aus Sicht des Wählers kommt es in Bürokratien zur doppelten Informationsasymmetrie. Wähler kann Politiker und Politiker kann Bürokrat nicht vollständig kontrollieren.

• **Median-Voter-Theory** (Medianwähler-Theorem): **Unter bestimmten Voraussetzungen kommt es zu einer Annäherung der Programme von politischen Parteien an die Präferenzen des Medianwählers**. Politischer Wettbewerb: Politiker L & R und Wähler sind vollständig informiert, beides Nutzenmaximierer (Stimmenmehrheit, Nutzenmaximierer). Dann gilt: bei Normalverteilung der polit. Meinungen, zwei polit. Parteien und single-peaked preferences nähern sich Parteiprogramme beim Median Wähler an. Liegt das Nash-GG beim Medianwähler (M), dann haben beide Parteien (L und R) gleich viele Stimmen und identisches?? Programm. Politischer Wettbewerb führt unter diesen Annahmen zur inhaltlichen Annäherung des Wahlangebots.
•Die Politische Macht von Interessengruppen ist umso größer, je homogener, besser organisiert, mehr Mitglieder sie hat, etc. Kleine Interessengruppen haben größeren Einfluss auf Politik durch bessere Organisation.

•**Modellkritik**: Parteien richten Programm nicht immer am Medianwähler aus, sondern auch an Interessen ihrer Geldgeber, Loyale Wähler, Wählerschaft nicht immer normalverteilt, Wahlen sind oft (implizite) Personenwahlen, Glaubwürdigkeitsproblem.